

Sozialticket zu teuer

Jetzt ist es endlich da. Aber mit 29,90 Euro ist das Sozialticket viel zu teuer. DIE LINKE fordert die Senkung des Preises. **S.3**

Blutgeld für den Etat

200 Panzer werden an das diktatorische Regime in Saudi-Arabien geliefert. Auch Düsseldorf verdient an dem Deal. **S.4**

Desaster Altstadt-pflaster

OB Elbers vermutet Sabotage. DIE LINKE deckt auf, wer die wahren TäterInnen sind, die das neue Altstadt-pflaster zerstören. **S.6**

Protest gegen Leiharbeit

Die Hälfte der offenen Stellen sind von „modernen Sklavenhändlern“. DIE LINKE protestierte gegen Leiharbeitsmesse. **S.7**

Tatort Hassels



Wohnviertel Hassels-Nord: Profitinteressen zu Lasten der BewohnerInnen

In Düsseldorf gibt es Stadtteile und Quartiere mit viel Armut, Kindern und Jugendlichen, die Betreuung brauchen, ältere alleinlebende Menschen mit kleiner Rente, Familien, die voller Angst in verwahrlosten Häusern leben müssen, in denen es brennt.

Ein Stadtteil ist in den letzten Monaten wegen häufiger Brände in Hochhäusern durch die Presse besonders bekannt geworden, durch defekte Fahrstühle, unter dem besonders ältere Menschen litten, vermüllte Hauseingänge und fehlender Sozialarbeit: Hassels-Nord.

Die Probleme in Hassels-Nord gibt es schon lange Jahre. In der Siedlung leben MigrantInnen aus den verschiedensten Ländern, junge und ältere Arbeitslose, RentnerInnen, alleinstehende Frauen. Hinzu kamen vor Jahren russische und andere osteuropäische AussiedlerInnen, die in dieses Quartier von der Stadt eingewiesen wurden. Deren Kinder hatten und haben extreme Probleme, sich auf ein anderes Leben in Deutschland einzustellen, als das aus dem sie herausgerissen wurden. Die Eltern glaubten, ihnen in Deutschland

ein besseres Leben bieten zu können. Hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit Jugendlicher machen den EinwohnerInnen zu schaffen. Die Straße, Spielplätze oder Internetcafés sind die Hauptaufenthaltsorte. Ein Jugendclub war jahrelang geschlossen.

Wir LINKEN engagieren uns vielfältig für den Stadtteil auf den verschiedenen Ebenen: direkt vor Ort mit AnsprechpartnerInnen, an die sich die BewohnerInnen wenden können; in der Bezirksvertretung 09, im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS), im Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung (AWM) und im Rat der Stadt.

Der Bezirksvertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung 09 forderte in der letzten Sitzung eine Quartierskonferenz für Hassels-Nord sowie die Wahl eines Mieterbeirats und die Patenschaft durch die Bezirksvertretung, damit dieser ohne Repressalien durch den Vermieter arbeiten kann. Der Antrag wurde lange und intensiv diskutiert, letztlich erfolglos, da die Mehrheit der Mitglieder der Bezirksvertretung dies nicht

unterstützte. Nun will DIE LINKE selbst eine Quartierskonferenz durchführen.

Im Ausschuss Wohnen und Modernisierung wurde nachgefragt, wie weit das Wohnungsamt eingreift, um die Mängel in den Häusern in Hassels Nord zu beseitigen. Noch immer passiert so gut wie nichts. Und im Ausschuss für Gesundheit und Soziales wurde der Antrag gestellt, „umgehend eine Sozial- und Mieterberatungsstelle mit entsprechender personeller Ausstattung für die BewohnerInnen des Quartiers Hassels-Nord einzurichten. Einen Schwerpunkt dieser Beratungsstelle soll die aufsuchende Sozialarbeit bilden.“ Eine lange Diskussion, bei der alle Fraktionen betonten, dass sie die Probleme erkannt hätten und daran arbeiten, schloss sich an. Ob dies so geschieht, daran hat die LINKE ihre Zweifel.

Im Rat wird DIE LINKE einen Haushaltsantrag stellen, damit die Stadt Düsseldorf mehr Geld für die BewohnerInnen in Hassels Nord zur Verfügung stellt, vor allem für Sozialarbeit und Hilfe für die in Hassels-Nord lebenden Menschen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

In den letzten Tagen gab es in den Medien Berichte über das Thema Wohnen in Düsseldorf. Die aktuelle LEG-Analyse für NRW beispielsweise sagt, Wohnen wird für Arme in Düsseldorf teurer. Und wer in Düsseldorf eine preiswerte Wohnung sucht, muss lange suchen oder ins Umland ziehen. Der WDR berichtete, dass es kaum bezahlbare behindertengerechte Wohnungen für SeniorInnen gibt. Beim Wohnungsamt Düsseldorf muss mit mehrjährigen Wartezeiten gerechnet werden. In Düsseldorf werden neue Wohnungen gebaut, Bürohäuser zu Wohnanlagen umgebaut. Schöne, teure Wohnungen, die sich ein Postbote, Leiharbeiter, eine Kassiererin bei Aldi oder eine gehbehinderte Seniorin mit kleiner Rente niemals leisten können.

Der Oberbürgermeister ist sehr stolz auf „seine“ Modestadt Düsseldorf, wie er in seiner Rede zum Haushalt 2012 in der letzten Ratssitzung betonte. Er und seine Ratsmehrheit vergessen zu gerne, dass in Düsseldorf auch nicht so gut Betuchte leben und Anspruch auf Wohnen haben!

Wir LINKEN werden ständig darauf hinweisen. Wir werden nicht locker lassen, kommunalen Wohnungsbau zu fordern. Düsseldorf darf nicht zu einer Stadt verkommen, in der nur noch Wohlhabende in Luxuswohnungen leben und der ärmere Teil der Bevölkerung aus der Stadt gedrängt wird.

Angelika Kraft-Dlangamandla
Vorsitzende der
Ratsfraktion DIE LINKE

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

„Tausendfüßler“ erst verkommen lassen - dann abreißen

Auf Nachfragen der LINKEN in der Bezirksvertretung 01 in Düsseldorf hat die Verwaltung Zahlen veröffentlicht. Danach wurde für den Unterhalt des Tausendfüßlers zwischen 1999 und 2011 eine Summe von 791.000 Euro aufgewendet. Das sind im Schnitt pro Jahr knapp 66.000 Euro. Ein Tunnel, der die Berliner Alle mit der Kaiserstraße verbindet, verursacht jährliche Folgekosten in Millionenhöhe. Hierzu Dr. Frank Werkmeister, der Vertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung 01: „Nicht nur, dass die Folgekosten eines Tunnels in keinem Verhältnis stehen zu den Kosten, die der Tausendfüßler im Unterhalt verursacht, seit 2002 hat die Stadt den Tausendfüßler offensichtlich verkommen lassen, denn zwischen 2002 und 2011 wurden gerade mal 60.000 Euro in den Erhalt investiert. Jetzt zu argumentieren, der Erhalt und die Sanierung der Hochstraße würden einen zweistelligen Millionenbetrag kosten, ist eine plumpe Augenwischerei. Im Übrigen ist es immer noch billiger den Tausendfüßler zu erhalten und komplett zu sanieren, anstatt ihn abzureißen und einen Tunnel zu bauen. Hier könnte die Stadt sparen, statt zu überlegen, die Mittel für die Sanierung von Schulen noch weiter zu kürzen.“

Erfolgreicher Protest: Keine neue Spielhalle im Münstercenter

Obwohl sich die Mitglieder der Bezirksvertretung 01 in den Jahren 2009 und 2010 einstimmig gegen die Ansiedlung einer Spielhalle in der Münsterpassage ausgesprochen sowie auch AnwohnerInnen und Geschäftsleute das Vorhaben mehrheitlich abgelehnt hatten, erteilte die Stadtverwaltung eine Genehmigung für eine große Spielhalle. AnwohnerInnen und BezirkspolitikerInnen waren sauer. Sie liefen Sturm dagegen und kündigten an einem Diskussionsstand der Westdeutschen Zeitung am 1. September 2011 energische Protestaktionen an. Allein diese Ankündigung zeigte offenkundig Wirkung. Schon am selben Abend meldete sich der Vermieter „DIC Asset“ aus Frankfurt, man habe seine Meinung geändert und werde nicht an den Spielhallenbetreiber vermieten.

Eine letzte Bemerkung zum Millionen-Grab Eurovision Song Contest

Nach Aussage von Oberbürgermeister Elbers soll der Eurovision Song Contest die Stadt Düsseldorf 9.3 Millionen Euro gekostet haben.

Hierzu führt Gilbert Yimbou, Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Düsseldorfer Rat aus:

„DIE LINKE geht davon aus, dass die tatsächlichen Gesamtkosten der Stadt für den Eurovision Song Contest weit über 10 Millionen Euro liegen.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses musste der Oberbürgermeister auf eine entsprechende Anfrage unserer Fraktion eingestehen, dass Tochterunternehmen der Stadt wie die IDR AG, die Messe Düsseldorf und die Rheinbahn als „Sponsoren“ für den Eurovision Song Contest (ESC) aufgetreten sind. So lassen sich natürlich die Summen, die direkt von der Stadt geflossen sind, positiv darstellen. Die „Sponsoren“-Beiträge schmälern die Geschäftsergebnisse der Firmen und führen dazu, dass die Gewinn-Abführung an die Stadt reduziert bzw. der Defizitausgleich von der Stadt erhöht wird. Letzten Endes gehen diese Beiträge natürlich zu Lasten der Stadt.

Leider hat der Oberbürgermeister nicht mitgeteilt, in welcher Größenordnung die städtischen Firmen für die Finanzierung des ESC gesorgt haben. Zu den Beiträgen der Tochterfirmen sind

noch weitere Kosten hinzuzufügen, die im städtischen Etat nicht explizit ausgewiesen werden. So war ein nicht unbeträchtlicher Teil der Verwaltung rund um den ESC tätig. Baustellen wurden teilweise stillgelegt und „aufgehübscht“. Für Sportvereine mussten Ersatztrainingsstätten gefunden werden. Schulen wurden Sonderetats zur Verfügung gestellt.

Auch wenn der OB den ESC als persönlichen Erfolg verkauft, bleibt die Tatsache, dass hier Millionen Euro für ein

Event ausgegeben wurden, die an anderer Stelle hätten sinnvoller eingesetzt werden können.“

Wer erinnert sich in der weiten Welt noch an Düsseldorf? Wer weiß noch, wo zum Beispiel 2007 der ESC stattgefunden hat? Es ist eine naive Träumerei, das ein paar Tage Spektakel in einer Stadt voller Baustellen den Tourismus ankurbeln könnte. Für zehn Millionen Euro hätte beispielsweise viele Jahre für die DüsseldorferInnen ein Sozialticket finanziert werden können.



Viel Show, viel Geld, wenig Inhalt

© CC flickr.com/mjohn2101

Gewendete und bekennende Nazis Zur Neuauflage von „Das vergessene braune Erbe“ im Landtag NRW

1945. Der Krieg ist beendet. Im Westen wie im Osten werden Leichen und Trümmerberge fortgeräumt. Schuld am Faschismus? Nur Hitler und sein engstes Umfeld, so die öffentliche Meinung in Westdeutschland. Was folgte ist bekannt: Stunde Null, Wirtschaftswunder, allenfalls noch Persilscheine. Ansonsten: Heimatfilme und das Schweigen im Walde.

So ist bis heute nur wenigen bekannt, dass Anfang der 50er Jahre ehemals führende und weiterhin bekennende Nationalsozialisten in Westdeutschland einen neuen Anlauf zur Macht unternahmen. Die NRW-FDP sollte unterwandert und in eine NS-Nachfolgepartei umgewandelt werden. Noch weniger indes ist bekannt, wer nach dem Krieg in Nordrhein-Westfalen in neuen Gewändern Politik machte.

Ein vergessenes braunes Erbe, an dem über Jahrzehnte niemand rühren wollte. Erst 2009 wurde das Tabu durch eine vom Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel (DIE LINKE) in Auftrag gegebene historische Studie gebro-

chen. Sie dokumentierte wie nahtlos nach dem Krieg alte Nazis in CDU und FDP Karriere machten und sich bald im Landtag bis in oberste Führungspositionen hinein neue braune Seilschaften bildeten.

Die Studie war schnell vergriffen. Nun liegt eine Neuauflage vor. Wer Näheres über die NS-Vergangenheit von Ministern, Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten wissen will und sich überdies dafür interessiert, wieso sich die gerichtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen so unwillig und schleppend vollzog, dem sei die kostenlos über die Landtagsfraktion DIE LINKE erhältliche Studie empfohlen (Tel. 0211/884-2278).

Eine Untersuchung über die Nazivergangenheit von Düsseldorfer Ratsmitgliedern der CDU und FDP fehlt bis heute. Trotzdem DIE LINKE im Stadtrat sie schon 2009 eingefordert hat. Zumindest eine Person ist bekannt. Dr. Hermann Kohlhaase war Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf von Juli 1960 bis August 1962. Er war nicht nur in der FDP, sondern vormals auch

Militärrichter der Waffen-SS. Bis heute wird Kohlhaase von der FDP geehrt.

Das vergessene braune Erbe
60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen.
Autor: Dr. Michael C. Klepsch. Hrsg. von der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen.



Sozialticket zu unsozialen Konditionen

Ticketpreis viel zu hoch

Am 29. September diesen Jahres beschloss der Rat der Stadt Düsseldorf, an dem VRR-Pilotprojekt „Sozialticket“ teilzunehmen. Dieses so genannte Sozialticket wird 29,90 Euro kosten und innerhalb des Düsseldorfer Stadtgebiets gültig sein. Es soll am 1. November 2011 eingeführt werden. Das Pilotprojekt ist zeitlich bis maximal zum 31.12.2012 befristet. Ein vergleichbares Ticket der Rheinbahn kostet 61,10 Euro.

Somit stellt das neue Ticket im Vergleich zum Regeltarif eine Verbesserung dar, als „Sozialticket“ kann es daher aber noch lange nicht bezeichnet werden.

Das neu eingeführte Ticket wird nur für eine schmale Schicht der Bezugsberechtigten in Frage kommen, überwiegend für Menschen, die mit niedrigem Einkommen besonders stark auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind und sich deshalb schon früher zum Kauf einer Monatskarte (zum Normalpreis) entschieden haben. Für den Großteil der GeringverdienerInnen und Menschen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, ist dieses Ticket jedoch schlichtweg zu teuer.

Dass ein Ticket in dieser Höhe komplett an der Realität vorbei geht, zeigen auch die bisherigen Erfahrungen aus

anderen Städten. So sind in Dortmund beispielsweise nach der Erhöhung des Sozialticketpreises von 15 auf 30 Euro von den 24.000 AbonentInnen über 16.000 abgesprungen.

Das jetzt eingeführte Ticket verdient den Namen Sozialticket nicht! Es ist nicht das Ticket, das Anfang 2010 von der schwarz-grünen Koalition im VRR versprochen wurde. Es ist auch nicht das Sozialticket wofür soziale Initiativen und Gewerkschaften jahrelang gekämpft haben. Das zeigte die Initiative für ein Sozialticket in Düsseldorf überdeutlich, als sie am Tag der Abstimmung vor dem Rathaus für ein günstigeres Ticket demonstrierte.

DIE LINKE. fordert ein landesweites Sozialticket zu einem maximalen Preis von 15 Euro. Solange dies mit SPD und Grünen auf Landesebene jedoch nicht umzusetzen ist, werden wir weiterhin für ein wirkliches Sozialticket in Düsseldorf eintreten. In einer Stadt wie Düsseldorf, in der hunderte Millionen für überflüssige Großprojekte verpulvert werden, sollte ein stadtweites Sozialticket nicht mehr als 10 Euro kosten.

Zur Umsetzung dieser Forderung stellten wir auf der oben genannten Ratssitzung den Antrag, dass die Stadt die Differenzkosten übernimmt und das neu eingeführte Ticket für 10 Euro an-

bietet. Leider wurde dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt.

Grundsätzlich ist zu sehen, dass Fahrpreise immer politische Preise sind. Es gibt keinen öffentlichen Nahverkehr, der kostendeckend arbeiten kann. Die Gewährleistung der Mobilität ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, die auch aus Steuergeldern zu bestreiten ist. Wir halten daher aus sozialen und ökologischen Gründen ein preiswertes öffentliches Nahverkehrsticket für Alle - bei guten Standards - bis hin zum Nulltarif für gesellschaftlich geboten.

Als positives Beispiel für einen Nulltarif kann die belgische Stadt Hasselt gesehen werden. Hier wird im Gegensatz zu Düsseldorf der Autoverkehr nicht bevorzugt behandelt, sondern eingedämmt. 1997 wurde es durch Einsparungen an sonst notwendig gewordenen Investitionen für den Bau weiterer Straßen möglich, einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einzurichten. Als Folge stieg die Zahl der Fahrgäste innerhalb von zehn Jahren um über das zwölfwache. Verschiedene mehrspurige Straßen konnten zurückgebaut werden, da sie auf Grund des zurückgegangenen Autoverkehrs nicht mehr benötigt wurden.

Bürgermeister für den Frieden

Auch Düsseldorf soll der Initiative beitreten

Über 400 Städten und Gemeinden in Deutschland sind der Organisation Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) beigetreten. Darunter sind Großstädte wie Bremen, Dortmund, Frankfurt und Hannover, unsere Nachbarstadt Neuss. Ziel der Organisation ist es, dass sich Bürgermeister aus Städten und Gemeinden aller Welt vereinen und gemeinsam die Abschaffung der Atomwaffen fordern. Gegründet wurde die parteiunabhängige Organisation 1982, um bis 2020 die Abschaffung aller Kernwaffen zu erreichen aus den leidvollen Erfahrungen in Hiroshima und Nagasaki vor 56 Jahren.

Düsseldorf ist allerdings bis heute nicht der Organisation beigetreten. Deswegen stellt die Ratsfraktion der LINKEN zur nächsten Sitzung des Rats den Antrag: Die Landeshauptstadt Düsseldorf bzw. der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf tritt der Initiative Mayors for Peace bei und unterstützt damit die Initiative zur Abschaffung aller Atomwaffen. Dies ist dringend, denn der Atomwaffensperrvertrag (NPT), die einzige internatio-

nale Übereinkunft, die die Abschaffung der Kernwaffen zum Ziel hat, droht zu scheitern. Das darf nicht passieren!

Begründet wird der Antrag damit, dass die Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima auch ein Ergebnis des zweiten Weltkriegs und der NS-Diktatur waren. Es gibt schon eine Reihe von Initiativen, sich diesem Erbe angemessen zu stellen, unter anderem eine

Reihe von Ausstellungen, die in Stadtteilen erarbeitet wurden, die Verlegung von Stolpersteinen und einiges mehr. Der Beitritt zu den Mayors for Peace wäre ein weiterer Schritt, um der japanischen Bevölkerung – als Ursprung dieser Initiative – wie auch unserer Sehnsucht nach einer friedlichen und atomwaffenfreien Welt deutlichen Ausdruck zu verleihen.



Atomwaffenmahnmal in Hiroshima

CC flickr.com/ xiquinhosilva

Kein Verkauf des Grundstücks Kuthsweg 16-20

Seit Jahren steigen auf der einen Seite die Mieten und zugleich gehen die Angebote bezahlbaren Wohnraums in Düsseldorf zurück. Das ehemalige Stadtwohnheim am Kuthsweg 16-20 steht seit der Räumung 2010 leer. In einem ähnlichen Fall stand das Stadtwohnheim auf der Breslauer Straße nach der Zwangsräumung sieben Jahre lang leer. Das Grundstück ist dann an eine Wohnungsgesellschaft verhöckert worden, die dort Eigenheime zum Preis von 300 bis 350 Tausend Euro sowie teure freifinanzierte Wohnungen baute.

Die Ratsfraktion DIE LINKE will verhindern, dass mit dem Grundstück Kuthsweg das Gleiche passiert. So fordert sie in einem Antrag an den städtischen Wohnungsausschuss: „Das Grundstück des ehemaligen Stadtwohnheims Kuthsweg 16-20 wird nicht verkauft, sondern weiterhin und auf Dauer zur Wohnraumversorgung von Menschen genutzt, die dringend preiswerten Wohnraum benötigen“.

Seit Jahren kämpft DIE LINKE für einen bezahlbaren kommunalen Wohnungsbau. Der erste Schritt wäre, dass städtische Grundstücke nicht verkauft werden.

Der lange Weg zu Wartehäuschen

Seit Beginn des Jahres 2010 bemüht sich DIE LINKE in der Bezirksvertretung 08 eine Mehrheit für ein Wartehäuschen der Haltestelle „In den Maisbanden“, der Buslinie 732, zu erreichen. Am 7. Juli 2011 war es endlich soweit: mit den Stimmen der Grünen, der Sozialdemokraten und Freien Sozialdemokraten bei Enthaltung des Vertreters der FDP und der CDU konnte Lutz Pfundner (DIE LINKE) seinen Antrag durchbringen. Die Ausflüchte, der Gehweg sei zu schmal und der Besitzer genehmigt nicht die Benutzung seines Grundstücks, wurden von DER LINKEN widerlegt. Es gibt genügend Wartehäuschen-Modelle, für die die Breite des Gehweges ausreicht.

Die Verwaltung teilte am 15. September der Bezirksvertretung mit: „Die Aufstellung einer Wartehalle kann hingegen erfolgen, sobald wieder Wartehallen über die Firma Wall zur Verfügung stehen.“ Die Frage ist jetzt, wie lange dauert es, bis die Wartehalle steht?

37.012 Arbeitslose in Düsseldorf - Arbeitslosenquote 12,6%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im September 2011 bei 26.687 (offizielle Arbeitslosenquote 8,8%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt um 10.325 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der heraus gerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Ein-Euro-Jobs zerstören Arbeitsplätze

Auf Anfrage der LINKEN im Sozialausschuss (AGS) teilte die Stadtverwaltung mit, dass in Düsseldorf 15 Unternehmen oder Verbände Ein-Euro-Jobs anbieten. Zu den Arbeitsinhalten teilte sie nichts mit, da dies „nur mit unverhältnismäßig hohem Arbeitsaufwand möglich“ wäre. Angelika Kraft-Dlangamandla, Mitglied der LINKEN im AGS: „Wenn Arbeitslose auf Ein-Euro-Basis Fahrräder reparieren oder Hausmeisterarbeiten übernehmen, werden gut bezahlte Vollzeit-arbeitsplätze vernichtet. Logisch, dass die Stadt sich über Arbeitsinhalte ausschweigt. Da Ein-Euro-Jobber in der Arbeitslosenstatistik nicht mitgezählt werden, wird so auch die Bevölkerung getäuscht. Wir LINKE wollen keine Ein-Euro-Jobs, wir fordern gut bezahlte Vollzeit-arbeitsplätze“.

Rheinmetall AG saniert auf ihre Weise

Panzer für die Saudis = Steuern fürs Stadtsäckel

Die 200 Leopard 2-Panzer, die vom Sicherheitsrat der Bundesregierung zur Lieferung an Saudi-Arabien freigegebenen wurden, werden von den Konzernen Rheinmetall AG aus Düsseldorf und Krauss-Maffai Wegmann hergestellt. Im Internet brüstet sich der Düsseldorfer Konzern und Gewerbesteuerzahler Rheinmetall AG auf seiner Website: „Hauptwaffe des Kampfpanzers ist die von Rheinmetall entwickelte Glattrohrmaschinenanlage. Darüber hinaus liefert Rheinmetall für den Leopard 2 eine umfassende, hochmoderne Munitionspalette sowie die Feuerleitanlage und das Führungssystem.“

Die Lieferung von 200 Panzern an die Saudis ist ein Bombengeschäft. Da spielt natürlich keine Rolle, dass in Saudi-Arabien Menschenrechte nicht gelten. Frauen werden unterdrückt. „Hausmädchen“ werden wie Sklavinnen gehalten. Wehren sie sich gegen Vergewaltigungen, kommen sie vor Gericht. Schwulsein wird mit dem Tode bestraft. Es wird geköpft und gefoltert. Das Land wird von einem despotischen Clan beherrscht. Aber das Land hat die größten Ölreserven und steht fest zur westlichen kapitalistischen Welt. Als im benachbarten Bahrain die Bevölkerung gegen ihre Diktatoren aufstand, schickte Saudi-Arabien Truppen und schlug die Demonstrationen blutig nieder. Auch in

Bahrain gibt es große Ölreserven und die dortigen Diktatoren stehen ebenfalls fest an der Seite der westlichen Staaten.

Bundeskanzlerin Merkel am 26. 5. 2011 vor dem Deutschen Bundestag in einer Regierungserklärung zu den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen in der arabischen Welt: „In der Region ist der Wille zur Veränderung spürbar [...] Das Ziel der Veränderung ist Freiheit, Menschenrechte und bessere Lebensverhältnisse. Deutschland wird den Menschen bei dieser historischen Gelegenheit zur Seite stehen.“ Diese Lüge ist jetzt entlarvt. Die Leopard 2-Panzer sind für den Einsatz in Städten ausgelegt und eignen

sich hervorragend zur Niederschlagung von Freiheitsbewegungen. Kein Wort von Merkel bisher im Bundestag zu der Panzerlieferung an die saudi-arabischen Despoten.

Das Rüstungskontrollgesetz verbietet den Waffenexport in Krisengebieten und danach muss die Menschenrechtslage ebenfalls beachtet werden.

Durch die Profite von Rheinmetall fließen nicht unerhebliche Gewerbesteuern in die Kassen der Stadt Düsseldorf. Die angebliche „Schuldenfreiheit“ der Stadt Düsseldorf wird also auch durch den Tod von Menschen in Kriegs- und Krisengebieten durch Rheinmetall-Waffen finanziert.



Rosa Panzer als Protestform

© CC flickr.com/ Nätverket Ofog

Ehrung für Völkermörder

Strassennamen und ihre Bedeutung

Es ist für DIE LINKE. Ratsfraktion nicht länger hinnehmbar, dass Düsseldorfer Straßen nach Naziverbrechern oder rassistischen Kolonialherren benannt werden. So werden wir an dieser Stelle in Zukunft Düsseldorfer Straßen vorstellen, die diese Verbrecher durch die Namensgebung ehren. Wir fordern, dass durch Umbenennung Widerstandskämpferinnen gegen den Faschismus geehrt werden. Viele AnwohnerInnen dieser Straßen kennen die blutige Vergangenheit dieser Namenspatrone nicht. Manch einem mag es deshalb auch ärgerlich vorkommen, wenn der Name der Straße, in der man wohnt, geändert wird. Deshalb möchten wir darüber informieren, dass Düsseldorfer Adressen täglich an Mörder und Verbrecher erinnern.

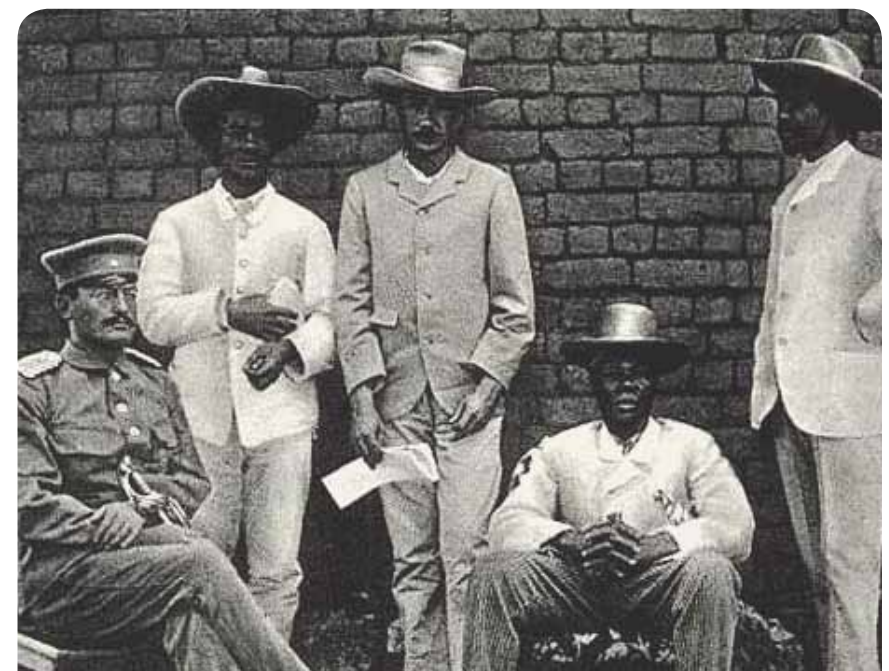
Die „Leutweinstraße“ in Urdenbach

Theodor Leutwein war Befehlshaber der deutschen Schutztruppe zu Kolonialzeiten in Südwestafrika. Er hat in dieser Funktion „Bestrafungsfeldzüge“ und „Befriedungsaktionen“ mit vielen Opfern unter den BewohnerInnen des heutigen Namibias durchgeführt. Später wurde

er zum Gouverneur von „Deutsch-Südwestafrika“ befördert. Er war politisch verantwortlich für den Völkermord an den Hereros im Jahre 1904. Unter dem militärischen Kommando von General von Trotha wurde das Volk der Hereros eingekesselt und entweder di-

rekt ermordet oder in der wasserlosen Omaheke-Wüste ausgesetzt, wo die Überlebenden jämmerlich verdursteten.

Wir sollten keine Straßen nach rassistischen Völkermördern benennen sondern nach Kämpfern für Freiheit und Demokratie.



Theodor Leutwein (ganz links)

Haushalt 2012

Einstündige Rede von OB Elbers langweilte Presse und BesucherInnen

Nun ist er da, der Entwurf für den Düsseldorfer Haushalt 2012. Er wurde in der September-Ratssitzung vorgestellt von Oberbürgermeister Elbers. In einer einstündigen Rede langweilte er die anwesenden PolitikerInnen - die letzten BesucherInnen vergraulte er mit seiner Rede - mit Selbstbeweihräucherungen und Werbung für Firmen. Nur kurzzeitig wurde es lebhaft, als er die Opposition der Lüge bezichtigte, weil sie angeblich falsche Behauptungen über die Presse verlautbaren liessen. Die Zahlen überbrachte dann Stadtkämmerer Abrahams. Oberstes Ziel für 2012 ist demnach wieder die angebliche Schuldenfreiheit. Interessant: 83 Millionen Euro sind aus der Rücklage eingeplant. Laut Stadtkämmerer lag die Entwicklung der Gewerbesteuer 2011 hinter den Erwartungen.

Der vorgeschlagene Haushalt für 2012 hat ein Gesamtvolumen von 2,38 Milliarden Euro. Die Einnahmen kommen mit 1.451 Millionen Euro zum größten Teil aus Steuern und ähnlichen Abgaben. Es folgen Einnahmen aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wie z.B. Verwaltungsgebühren, Zuwendungen und allgemeinen Umlagen und Erträgen wie Bußgelder usw.

834 Millionen Euro sind geplant für Transferaufwendungen wie Zuweisungen und Zuschüsse für Soziales, Kinder, Jugend und Vereinen, 505 Millionen Euro für Personal und 468 Millionen Euro für

Sach- und Dienstleistungen. Bilanzielle Abschreibungen machen 182 Millionen Euro aus. Hinzu kommen noch Versorgungsaufwendungen, Zinsen und andere Finanzaufwendungen.

Investiert werden 741,5 Millionen Euro für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und Soziales. Davon sind 340 Millionen für Kinder, Jugend und Familie vorgesehen. Für die notwendigen Schulsanierungen sind 32 Millionen Euro geplant, für die Offene Ganztagschule 30,8 Millionen Euro.

Nun werden die Parteien diesen Haushaltsentwurf studieren. Die Ratsfraktion DIE LINKE sowie die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse werden dies unter anderem auf ihrer Klausur Mitte Oktober tun. Für die Ratssitzung im Dezember und den Etat-Sitzungen der Ausschüsse werden Anträge erarbeitet, wo es dringend geboten ist, mehr beziehungsweise zusätzliches Geld auszugeben. Gleichzeitig werden Vorschläge erarbeitet wo Geld eingespart werden muss und kann.



Zumindest TouristInnen interessieren sich für das Rathaus

© CC flickr.com/yenbinh

„Meinungsfreiheit“ in Düsseldorf

Rheinische Post lehnt Gegendarstellung der LINKEN ab

Am 8. Juni 2011 erschien in der Düsseldorfer Lokalausgabe der Rheinischen Post ein Artikel von Jörn Tüffers „Kritik an Wagenknecht-Lesung“. Hintergrund war die Buchvorstellung der Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht. Sie las aus ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ in den Räumen des VHS am Berta-von-Suttner-Platz.

Die angesprochene Kritik wurde von Andreas Hartnigk, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion und von Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Bürgermeisterin der Stadt, geäußert. Beide bekamen einen breiten Raum, ihre abstrusen Kritiken gegen die Lesung zu äußern.

Der eigentliche Grund der Gegendarstellung war allerdings ein Zitat der VHS-Leiterin, die erklärte, dass die Räume „dem Rat, seinen Ausschüssen und den Bezirksvertretungen zur Durchführung ihrer parlamentarischen Arbeit mietfrei überlassen“ werden. Das sei Grundlage für die Lesung. Letzter Ab-

satz des Artikels: Diese Aussage führte zu neuen Irritationen in den Reihen von CDU/FDP: Denn Veranstalter ist die Links-Partei und nicht deren Ratsfraktion.

Durch diesen Artikel erweckte die Rheinische Post den Eindruck, DIE LINKE. Düsseldorf hätte die eigene Ratsfraktion vorgeschoben, um mietfrei an die VHS-Räume für die Lesung mit Sahra Wagenknecht zu kommen. In einer kurzen E-Mail wandte sich der Kreisvorstand an die Lokalredaktion mit der Bitte in einer Gegendarstellung richtig zu stellen, dass der Kreisvorstand Veranstalter war und den Raum für 440,- Euro gemietet habe. Auf Nachfrage erklärte der Chefredakteur der Düsseldorfer Lokalredaktion, Hans Onkelbach, gegenüber dem Sprecher des Kreisverbandes DIE LINKE. Düsseldorf, Lutz Pfundner, die Gegendarstellung sei nicht „veröffentlichungswürdig“ und lehnte die Veröffentlichung ab. Darauf verlangte der Kreisverband noch einmal in einem Brief die Veröffentlichung

einer Gegendarstellung. Dies wurde in einem umfangreichen formalistischen Brief von der Rechtsabteilung der Rheinischen Post abgelehnt.

So ist festzustellen: Die Lokalredaktion Düsseldorf der Rheinischen Post weigert sich, den von ihr veröffentlichten, unbegründeten Verdacht, die Ratsfraktion DIE LINKE habe ihren Status missbraucht, um der Partei DIE LINKE die kostenlose Benutzung der VHS-Räume zu ermöglichen, durch eine Gegendarstellung aus der Welt zu schaffen. Es ist also davon auszugehen, dass die Rheinische Post bewusst mit Falschmeldungen hantiert, um eine ihr unliebsame Partei und deren Ratsfraktion, zu diskriminieren.

Sollte die Rheinische Post zu diesem Artikel eine Gegendarstellung verlangen, so wird die Redaktion des „R(h)einblicks“ ihrer journalistischen Verpflichtung nachkommen und, im Gegensatz zur Lokalredaktion der „Rheinischen Post“, die Gegendarstellung veröffentlichen.

Asylbewerberleistungs-gesetz abschaffen

DIE LINKE im Bund, im Landtag sowie im Rat der Stadt Düsseldorf fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) „um eine einheitliche, menschenwürdige und existenzsichernde Grundsicherung für alle zu gewährleisten. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat in einem Urteil festgestellt, dass die Regelungen des AsylbLG nicht verfassungskonform sind. Asylbewerbende haben Anspruch auf etwa ein Drittel weniger als Hartz-IV-Beziehende. Unabhängig von den nicht verfassungskonform berechneten Leistungen ist das Asylbewerberleistungsgesetz grundsätzlich abzulehnen: Oberstes Gebot des Grundgesetzes ist die Wahrung der Menschenwürde und damit einer menschenwürdigen Existenz ohne Ansehen der Person. Dem widerspricht die jetzige Praxis. „Werden Hartz-IV-Beziehende wie Menschen 2. Klasse behandelt, so gibt nochmal eine Herabstufung in die 3. Klasse, nämlich für Menschen, die aus Angst um ihr Leben zu uns flüchten. Dieses unmenschliche Gesetz gehört sofort abgeschafft,“ so Angelika Kraft-Dlangamandla, Sprecherin der Ratsfraktion der LINKEN. Einem Antrag im Juli im Rat der Stadt Düsseldorf, die Bundesregierung aufzufordern, dieses Gesetz abzuschaffen, wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Dass dieses Thema CDU und FDP kaum interessiert zeigte auch, dass bei dem Thema die Plätze immer leerer wurden.

OB Elbers fragwürdige Schirmherrschaft

Ende Juni fand auf dem Burgplatz unter der Schirmherrschaft von OB Elbers ein Türkeifestival statt. So weit, so gut. Problematisch daran war, dass Ausrichter die so genannte Gülen-Bewegung, bzw. deren Ableger war. Von ExpertInnen wird diese als Sekte bezeichnet, die versucht in der Türkei Parteien, Militär und Institutionen zu unterwandern um später die Macht zu übernehmen. Selbst von der herrschenden AKP wird sie als problematisch angesehen. Auch in Deutschland ist sie aktiv. In einer Ratsanfrage fragte DIE LINKE nach den Hintergründen der Schirmherrschaft. Während ansonsten genauestens nachgeschaut wird, wen man unterstützt, zeigte sich in der Antwort eine erschreckende Unkenntnis. Man beschränkte sich darauf, dass die Gülen-Bewegung nicht im Verfassungsschutzbericht steht.

Streetworker für den Stadtbezirk 1

Auf Antrag des Vertreters der Partei DIE LINKE, Dr. Frank Werkmeister, fordert die Bezirksvertretung 1 von der Stadtverwaltung eine neue Stelle für einen Sozialarbeiter/Streetworker im Stadtbezirk 1, insbesondere für die Bereiche Roßstraße, Münster- und Worringerplatz, einzurichten. „Menschen in unterschiedlichen Problemlagen sollten unbedingt betreut und beraten werden“, lautet die Begründung. Dieser Argumentation schlossen sich 10 von 19 BV-Vertreter/innen an.

Bundeswehr raus aus Schulen

Nachdem im Mai die Resolution der LINKEN keine Jugendoffiziere der Bundeswehr zu Informations- und Werbezwecken an Schulen einzuladen von allen anderen Parteien im Düsseldorfer Stadtrat abgelehnt wurde, wurde eine Anfrage dazu im Schulausschuss gestellt.

Unter anderem wurde gefragt, an welchen Schulen und vor wie vielen SchülerInnen in den letzten Jahren VertreterInnen der Bundeswehr in Düsseldorf aufgetreten sind. Weiterhin wurde gefragt, ob die SchülerInnen ohne Repressionen der Veranstaltung fern bleiben konnten. Mit einer nichtssagenden Antwort wurde der Vertreter der LINKEN Nicki Blanchard abgespeist und an die Bezirksregierung beziehungsweise an das NRW Schulministerium verwiesen. Auch nach drei Monaten liegen immer noch keine Antworten der beiden Ämter vor.

Im Landtag hatte die DIE LINKE den Antrag gestellt den Kooperationsvertrag des Landes NRW mit der Bundeswehr aufzukündigen. In diesem Vertrag will die Bundeswehr den Zugang zu SchülerInnen, aber auch zu Lehrkräften absichern um ihre Kriegspolitik positiv darzustellen. Dabei geht es der Bundeswehr nicht nur um Bildungsarbeit, sondern auch um Werbemaßnahmen. Die angeblich so friedensbewegten Grünen und ihre Schulministerin, lehnten den Antrag im Landtag vehement ab. Deshalb ist es wichtig zu wissen, dass die Bundeswehr nur auf Einladung der LehrerInnen eingeladen werden kann. Dies kann aber die Schulkonferenz verhindern. Die LandesschülerInnenvertretung ist dafür erster Ansprechpartner für Hilfe. Weitere Infos unter: <http://www.lsvnrw.de>

Das Desaster Altstadt-pflaster

Wer sind die wahren TäterInnen?

Der Presse war zu entnehmen, dass der Düsseldorfer OB nach weiteren Beschädigungen - diesmal durch Pferde - des neuerlegten Pflasters, die weiteren Arbeiten hat einstellen lassen.

Die FDP vermutet mittlerweile SABOTAGE. Sie macht hierfür Personen verantwortlich, die der Stadtverwaltung und der Ratsmehrheit, präsentiert von CDU und FDP schaden wollen. Daraufhin veröffentlichten die Grünen ihre Erkenntnis, dass für die Schäden eine oder mehrere Exemplare der Steinlaus verantwortlich sind.

Dieser Auffassung ist energisch zu widersprechen. Wie von den Grünen nicht anders zu erwarten, berufen sie sich auf höchst zweifelhafte Quellen. Allgemein bekannt ist, dass die Steinlaus entdeckt und beschrieben wurde von Lorient. Bei allen unbestrittenen Verdiensten und aller Wertschätzung dieser Person muss trotzdem festgehalten werden, dass Lorient das herrschende System bisher weder kritisiert noch in Frage gestellt hat.

Aber auch der Meinung der FDP muss widersprochen werden. Hier einen anonymen Personenkreis zu diffamieren, kann nicht hingenommen werden. Wenn überhaupt Sabotage vorliegt - was noch eingehend diskutiert werden muss - dann doch sicher nicht von Personen,

die die Verwaltung schädigen wollen.

Für das neue Pflaster werden Millionen Euro ausgegeben. Wenn hier Beschädigungen auftreten, wird nicht die Verwaltung und nicht die FDP geschädigt, sondern alle EinwohnerInnen dieser Stadt. Das kann doch nur einem Personenkreis zugeschrieben werden, der Düsseldorf insgesamt schaden will. Deswegen neigt DIE LINKE zu der Theorie, dass hier nur die Kölner Heintzelmännchen verantwortlich zu machen sind. Sie kommen nachts in kleinen Bo-

ten und fallen über die Altstadt her. Dort zerstören sie mit kleinen Hämmerchen und kleinen Meißeln das Pflaster. Nur so ist zu erklären, dass die einzelnen Pflastersteine nur kleine Schäden haben und die typischen Steinfraßspuren nicht nachzuweisen sind.

Wir fordern den Oberbürgermeister auf, sich umgehend mit seinem Amtskollegen in dieser Stadt, südlich von Düsseldorf gelegen, in Verbindung zu setzen um weitere Vorfälle zu unterbinden.



Unter dem Pflaster liegt der Strand

© piqs.de/ Sniderman

Wer bezahlt den Kö-Bogen?

Stadtverwaltung plant Sparorgie auf Kosten der Bevölkerung

Auch mit Größenwahn lässt sich eine Stadt ruinieren. Den Beweis will OB Elbers und seine Freunde und Freundinnen von CDU und FDP unbedingt erbringen. 350 Millionen soll der Umbau des Jan-Wellem-Platz und Teile des Hofgartens in Glas, Stahl und Beton kosten. Das ganze nennt sich „Kö-Bogen“ und die Bevölkerung erhält Gelegenheit, aus einem 1,3 Millionen teurem Aussichtspavillon die Verwüstung der Düsseldorfer Innenstadt zu betrachten. Um ca. 100 Millionen wird inzwischen die neue

U-Bahn-Strecke Wehrhahnlinie teurer als geplant. Der vierspurige Ausbau der L 404n ist inzwischen ausgesetzt worden. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass die Stadt das Projekt sofort wieder aufgreifen wird, wenn durch Einsparungen an anderen Stellen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.

Wie konnte die schwarz-gelbe Mehrheit diese Wahnsinnsprojekte auf die Agenda setzen? Es ist die Träumerei von Schuldenfreiheit und nicht endenden Wachstum und sprudelnden Steuerein-

nahmen. Jetzt merken die KommunalpolitikerInnen von CDU und FDP, dass der Aufschwung nur kurze Zeit anhielt und jetzt gespart werden muss, um die angebliche Schuldenfreiheit zu erhalten.

Die Düsseldorfer Presse schrieb von geheimen Konferenzen, in denen die „Spitzenbeamten von OB Elbers (51, CDU) und Stadtkämmerer Manfred Abrahams (52, CDU) schmerzhaft Sparpläne ausgebrütet“ haben.

Sanierungen von Schulen, der Kiefernstraße und der Feuerwache Posener Straße sollen gestrichen werden. Auch bei Jugendfreizeiteinrichtungen sollen 10 Millionen gespart werden. Auf Brandschutzverbesserungen im Rheinfuertunnel soll verzichtet werden. Die Erneuerung des Wildparks wird gestrichen und der Neubau einer Rettungswache im Norden Düsseldorfs steht ebenfalls auf dem Prüfstand.

Der „Kö-Bogen“ allerdings soll unverändert durchgezogen werden. Die Entscheidung, ob der unter Denkmalschutz stehende Tausendfüßler abgerissen werden soll, liegt jetzt bei der Landesregierung. Es ist zu hoffen, dass sie diesen Größenwahn stoppt.



Alles schön bunt im Hochglanz Prospekt

© Stadt Düsseldorf

Protest gegen Leiharbeitsmesse

„Moderne Sklavenhändler“ präsentierten sich

Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte durch eine Anfrage festgestellt, dass selbst die Stadt Düsseldorf mit Ihren Töchtern LeiharbeiterInnen anheuert. Diese Menschen verdienen bis zu 40% weniger als ihre KollegInnen, die festangestellt die gleiche Arbeit verrichten. Der Kündigungsschutz besteht praktisch nicht und auch die Rechte der Betriebs- und Personalräte sind eingeschränkt. Innerbetriebliche Sozialleistungen wie Kantinenessen, Fahrgeldzuschuss u.ä. gelten für sie nicht. Starke Betriebsräte können allerdings verhindern, dass gute Arbeit in prekäre Beschäftigung umgewandelt wird.

Inzwischen sind in Deutschland über eine Million Arbeitsplätze in Leiharbeitsplätze umgewandelt worden. Ruft man im Internet das Düsseldorfer Branchenbuch auf, so findet man dort inzwischen 80 Unternehmen, die ihre Profite durch den Handel mit Menschen machen. Die Arbeitsämter und Job-Center schicken rücksichtslos Erwerbslose, die Jahrzehnte in festen Arbeitsverhältnissen für tarifliche Bezahlung gearbeitet hatten, unter Androhung von Sanktionen in die Leiharbeit.

So war es nicht verwunderlich, dass die Informationen der LINKEN, der Antileiharbeits-Initiative und der Arbeitslosen-Initiativen bei einer Aktion vor der ARGE gegen die Leiharbeitsmesse reißenden Absatz fanden. Mit „Genau“ und „Richtig so“ wurden die Schlagzeilen auf den Flyern: „Leiharbeit ist moderne Sklaverei“ und „Leiharbeit verbieten!“ kommentiert. In vielen Einzelgesprächen schilderten die Arbeitslosen ihre Situation. Als sogenannte „Kunden“ wurden sie „gebeten“ die Messe zu besuchen. Allein durch den Begriff „Kunde“ fühlen sie sich diskriminiert. „Ist der Kunde nicht König?“ fragte ein Hartz-IV-Opfer. Ist ein Kunde mit seinem Anbieter nicht zufrieden, kann er sich einen anderen suchen. Wohin kann der arbeitslose „Kunde“ wenn er mit seinem Arbeitsamt nicht zufrieden ist? So wird versucht Menschen, die drangsaliert, sanktioniert und denen man mit Leiharbeit und Hungerlöhnen ihre Würde nimmt, mit dem Begriff Kunde über ihre reale Situation zu täuschen.

Durch Leiharbeit entsteht kein einziger neuer Arbeitsplatz. Entweder muss ein Arbeitsplatz besetzt werden, um einen

Firmenauftrag zu erledigen oder nicht. Das ist unabhängig davon, wie der Arbeitsplatz bezahlt wird. Kein Unternehmer wird sagen: „Oh - die Arbeiter sind aber heute billig, da stelle ich mal welche ein egal ob ich Arbeit für sie habe.“ Leiharbeit und Hungerlöhne führen nur zu mehr Profiten. Die Einkommen aus selbständiger Arbeit haben sich in den letzten 10 Jahren praktisch verdoppelt, die Einkommen der ArbeiterInnen und Angestellten sind im gleichen Zeitraum um ca. fünf Prozent gesunken. Darum geht es. Die Massenarbeitslosigkeit wird gnadenlos ausgenutzt, um die Personalkosten zu senken. Dies geschieht durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Lohndumping, durch Mini-Jobs und durch Leiharbeit.

Die SPD/Grüne-Regierung unter Schröder/Fischer hatte mit ihrer Agenda-Politik hierfür die Voraussetzungen geschaffen. Keine noch so schönen Sprüche von heute kann ihnen die Verantwortung für diese Entwicklung nehmen. Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können und jeder Mensch hat das Recht auf den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit.

Spekulation um Inselstraße 33

Bezirksvertretung 01 kämpft gegen Immobilienspekulant

Das hatte sich Investor Ralf Schmitz sicherlich ganz anders vorgestellt. Ein Altbau in der Inselstraße 33, in dem einmal vier Mietparteien wohnten, wurde entmietet und soll nun abgerissen werden. Ein Neubau mit Garage für einen nicht so armen Mieter soll folgen - ein Filetstück direkt am Hofgarten gelegen. Der Investor beteuert, das Haus sei marode, von einer aufwendigen Sanierung will er nichts wissen.

Die Stadtverwaltung sowie CDU und FDP folgten brav seiner Argumentation, nicht so die Mehrheit in der zuständigen Bezirksvertretung 01 (Stadtmitte, Altstadt, Carlstadt, Derendorf, Pempelfort und Golzheim). DIE LINKE, SPD, Grüne und ein Parteiloser lehnten im Juli 2011 den Abriss ab. Sie beriefen sich auf die Erhaltungssatzung, eine öffentlich-rechtliche Vorschrift.

Das Gebäude in der Inselstraße wurde 1890 als Stadtvilla errichtet und ist für die damalige Bauepoche charakteristisch. Es prägt mit anderen Gebäuden das Ortsbild. Insbesondere wegen der äußeren Fassade entspricht dieses Gebäude dem Ziel der Erhaltungssatzung.

„Wir haben in unserem Stadtbezirk nur noch wenige erhaltenswerte alte Häuser“, kommentierte Frank Werkmeister, Mitglied der LINKEN in der Bezirksvertretung, „es kann doch nicht sein, dass ein Eigentümer im Bereich einer Erhaltungssatzung ein Gebäude nur

lange genug vergammeln lässt, damit er es dann mit Zustimmung der Verwaltung abreißen kann.“

OB Elbers beanstandete den Mehrheitsbeschluss der BV 01 als rechtswidrig und das Rechtsamt der Stadtverwaltung versuchte mit einer Tischvorlage in der Sitzung der BV im September dem OB Schützenhilfe zu leisten. Die Gegner des Abrisses erkannten in beiden Schreiben ernstzunehmende Fehler. So wurde am 23. September nicht abgestimmt, sondern die Entscheidung in den Oktober vertagt.

Ralf Schmitz, der insbesondere in

Düsseldorf gerade viele alte Häuser aufkauft um sie abzureissen, ist berühmt berüchtigt. In Flingern gibt es erhebliche Widerstände gegen sein Luxuswohnungsbauprojekt an der Lindenstrasse. Dort kosten die Wohnungen über eine Million Euro. Die nächsten Projekte sind von ihm schon geplant.

Am Hofgarten ist die Angelegenheit für den Investor nun offensichtlich dumm gelaufen. Er hat nämlich schon vor geraumer Zeit im Internet für das geplante Wohnobjekt kräftig geworben, bevor das zuständige Gremium über seinen Abrissantrag entschieden hat.



Fette Mieten-Party gegen Ralf Schmitz

© V.Peddinghaus

Wohnviertel Bingener Weg - in Zukunft ohne Supermarkt?

Das Wohnviertel Bingener Weg wird von ca. 750 Familien bewohnt. Es liegt in Eller am Rande des Gurkenlandes zur Grenze nach Oberbilk. In einem kleinen Einkaufszentrum mitten in der Wohnanlage gab es bisher einen Edeka-Markt, der von den AnwohnerInnen dankbar angenommen wurde.

Seit einigen Wochen liest man dort ein Schild: „Wir sind umgezogen“. Die BewohnerInnen des Bingener Weges könnten ja jetzt zum Edeka-Markt Kölner Straße kommen.

Dies ist kein Umzug sondern eine Geschäftsschließung. Lutz Pfundner, Bezirksvertreter der Partei DIE LINKE in der Bezirksvertretung 08 stellt fest: „Für private Lebensmittelkonzerne ist nicht die Versorgung der Bevölkerung wichtig, sondern der Standort an dem die besten Geschäfte gemacht werden können. Die Schließung des Supermarktes bedeutet für 750 Familien eine Verschlechterung der Lebenssituation.

In einem Wohngebiet wie es der Bingener Weg ist, gehört auf jeden Fall die Möglichkeit, ohne großen Aufwand die zur Grundversorgung notwendigen Lebensmittel einzukaufen. Für jeden Einkauf müssen die BewohnerInnen des Bingener Weges sich jetzt umständlich per Bus oder - wer eins hat - mit dem Auto auf den Weg machen. Dies ist für ein solches Wohngebiet ein unhaltbarer Zustand“ solches Wohngebiet ein unhaltbarer Zustand“.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Angelika Kraft-Dlangamanda, M.F.

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

22.000

Im Job-Center ist der „Kunde“ Bettelmann

Zu den leidvollen Erfahrungen der sogenannten „Kunden“ in den Job-Centern Düsseldorfs gehören die langen Wartezeiten, um z. B. ein einfaches Formular für den Erstantrag auf Hartz-IV-Leistungen zu beantragen. Da kommt es schon mal vor, dass Mütter oder Väter mit Kindern mehrere Stunden warten müssen, nur um ein Antragsformular ausgehändigt zu bekommen. Das Gleiche passiert dann noch einmal bei der Abgabe des Formulars. Je nach Job-Center müssen die „umworbene Kunden“ die gesamte Wartezeit im Stehen verbringen. Vom „König Kunde“ ist nicht die Rede.

Mit dieser schikanösen Behandlung arbeitsloser Menschen wollte DIE LINKE Schluss machen. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS) forderte sie, dass die notwendigen Formulare in den Job-Center ausgelegt werden. Dies sind insbesondere Antragsformulare für die erstmalige Stellung eines Antrags auf Leistungen nach Hartz IV, nach Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Darüber hinaus sollen Informationen der Stadt z. B. zum Düsselpass oder zu Kulturveranstaltungen ausgelegt werden. Die Mehrheit aus CDU/FDP im AGS lehnte den Antrag ab. Der Ausschuss-Vorsitzende ließ den Antrag noch nicht einmal diskutieren, sondern ließ sofort abstimmen. Dass Menschen z. B. im Job-Center Reisholz während der langen Wartezeiten noch nicht mal eine Sitzgelegenheit zur Verfügung haben, war keine Diskussion wert. Für die neoliberale Kaste im Düsseldorfer Rathaus sind Arbeitslose offenbar Menschen zweiter Klasse.

Die Kiefernstraße feiert

Vor 30 Jahren zogen Hausbesetzer in die Kiefernstraße ein

Es gibt allen Grund zum Feiern. 1981 war geplant, die ehemaligen Werkswohnungen der Firma Klöckner an der Kiefernstraße abzureißen. Nachdem das Werk stillgelegt war, sollte an der Kiefernstraße ein neues Gewerbegebiet entstehen. Die Werkswohnungen gingen in 1975 in städtischen Besitz über. Auch damals schon suchten viele Menschen in Düsseldorf bezahlbaren Wohnraum. Zu der Zeit standen viele

anderen Strassenseite die dem Liegenschaftsamt gehörten - der AWN überlassen. Mit dem Aufkommen der HausbesetzerInnenbewegung in Düsseldorf waren sich die dort Wohnenden schnell einig, dass man die Kiefernstrasse nicht freiwillig verlassen werde. Durch die Räumungen der besetzten Häuser in Düsseldorf kamen weitere Leute auf die Strasse, so dass 1981 die ersten 60 Wohnungen besetzt wurden.

träge. Jetzt begann der Kampf um die Sanierung, der bis heute anhält. Es ist durchgesickert, die Stadt wolle in 2012 drei Millionen bei der Sanierung einsparen. Das wird die LINKE-Ratsfraktion nicht hinnehmen. Die angebliche Schuldenfreiheit darf nicht auf Kosten der BewohnerInnen der Kiefernstraße zustande kommen. Die Kiefernstraße ist auch ein Lehrstück für BürgerInnen-Widerstand. Ohne die mutigen Men-



Viel Spass auf dem Kiefernstrassenfest

Häuser auch im städtischen Besitz leer. 1973 hatte sich vor allem aus studentischen Zusammenhängen und HausbesetzerInnen der Verein „Aktion Wohnungsnot“ (AWN) gegründet. Durch Übereinkommen mit der Stadt konnte städtischer leerstehender Wohnraum zeitweilig von der AWN genutzt werden und an Wohnungssuchende überlassen werden. Die Nutzung endete in der Regel mit dem Abriss der Häuser. So wurden auch die Wohnungen auf der Seite mit den ungeraden Hausnummern der Kiefernstrasse, die damals im Besitz des Sozialamtes gehörten - im Gegensatz zu den Häusern der

Dies war der Anfang einer langen Entwicklung von Widerstand. Immer mehr Menschen zogen in die leerstehenden Wohnungen der Kiefernstraße ein. Es gab zunächst kein Wasser und keinen Strom. Dafür gab es Polizeirazzien. Nach dem Motto: „Wer Häuser besetzt kann auch ein Terrorist sein“, geriet die Kiefernstraße 1986 unter den Generalverdacht ein Schlupfloch für die RAF zu sein. Wohnung für Wohnung wurde durchsucht, ohne dass etwas gefunden wurde, was den Verdacht bestätigte.

1988 versöhnte sich die Stadtverwaltung mit den BewohnerInnen der Kiefernstraße. Sie bekamen Mietver-

trägen, die 1981 von der Kiefernstraße als ihre Wohnung Besitz ergriffen haben, ständen dort heute vielleicht verlassene Industrieruinen. Die BewohnerInnen haben ihre Straße gestaltet und zu einem bunten Treffpunkt für die Nachbarschaft gemacht. Mittlerweile wohnen dort knapp 800 Menschen, die über 40 verschiedene Migrationshintergründe haben. Wir brauchen in Düsseldorf mehr „Kiefernstraßen“, in denen die BewohnerInnen sich wehren, gegen die Verdrängung aus der Stadt, gegen den Abriss von bezahlbarem Wohnraum und dem Wahn aus Düsseldorf eine Stadt der „Schönen und Reichen“ zu machen.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mus-

sten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

